

Armut und soziale Ausgrenzung in der EU

Gemeinsame Indikatoren für die soziale Eingliederung

Auf der Tagung des Europäischen Rats in Nizza im Dezember 2000 wurde die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom März 2000 (Lissabon), nach der die Methode der offenen Koordinierung die beste Grundlage für die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung bietet, erneut bekräftigt und umgesetzt. Die zentralen Elemente dieses Ansatzes sind die Festlegung gemeinsamer Ziele für die Europäische Union (EU) als Ganzes, die Ausarbeitung geeigneter nationaler Aktionspläne zur Erreichung dieser Ziele sowie die regelmäßige Berichterstattung und Überwachung der Fortschritte.

Vor diesem Hintergrund nahm der Europäische Rat in Laeken im Dezember 2001 eine Reihe von Kriterien und ein erstes Paket von 18 gemeinsamen statistischen Indikatoren für soziale Eingliederung an, mit deren Hilfe die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele auf vergleichbare Weise überwacht werden können. Die Liste wird gegenwärtig von der Untergruppe 'Indikatoren' des EU-Sozialschutzausschusses überprüft mit dem Ziel, den Erfassungsbereich weiterzuentwickeln und zu verfeinern. Diese Indikatoren sollten als einheitliches Ganzes angesehen werden, das vier wichtige Aspekte der sozialen Eingliederung (finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung) abdeckt.

Die vorliegende Veröffentlichung bietet einen Überblick über die monetären Indikatoren, die in Laeken für die „alten“ EU-15-Mitgliedstaaten verabschiedet wurden und die (mit Ausnahme von Dänemark und Schweden) alle auf der Grundlage des wegbereitenden Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) (siehe „Wissenswertes zur Methodik“, Seite 7) berechnet wurden. Gleichzeitig erscheint eine Veröffentlichung mit ähnlichen Informationen für die „neuen“ Mitgliedstaaten und die Bewerberländer (Nr. 12/2004).

15 % der EU-Bürger von Armut bedroht

15 % der EU-Bevölkerung waren 2001 von Armut bedroht, d. h. lebten in Haushalten mit einem „verfügbaren Äquivalenzeinkommen“ (siehe „Wissenswertes zur Methodik“) von weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens ihres Landes. Allerdings verbergen sich hinter dieser Zahl, die als gewogenes Mittel der Ergebnisse der Mitgliedstaaten berechnet wurde (wobei jedes Land mit einem Gewicht versehen wurde, das seiner Gesamtbevölkerung entspricht), beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern - so reicht die Bandbreite des armutsgefährdeten Bevölkerungsanteils von 9 % in Schweden bis hin zu 21 % in Irland (siehe nachstehende Abbildung 1 und den statistischen Anhang).

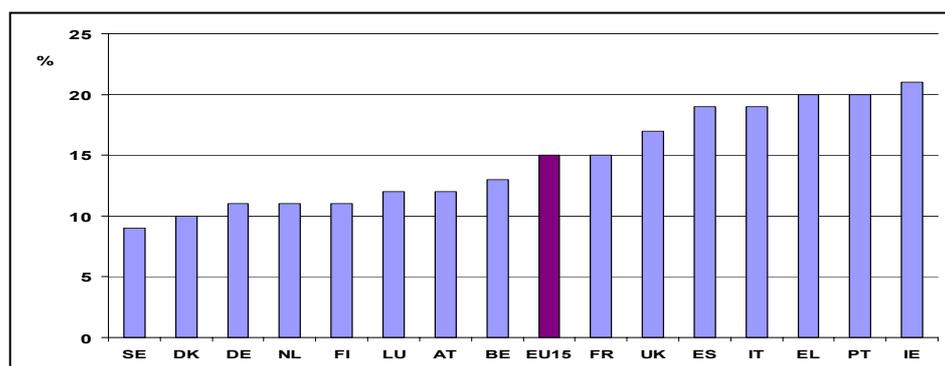


Abbildung 1: Armutsgefährdungsquote, 2001

Statistik

kurz gefasst

BEVÖLKERUNG UND SOZIALE BEDINGUNGEN

16/2004

Autoren
Ian Dennis,
Anne-Catherine Guio

Inhalt

Gemeinsame Indikatoren für die soziale Eingliederung 1

15 % der EU-Bürger von Armut bedroht 1

Armutsgefährdung – ein relativer Begriff 2

Mediane
Armutsgefährdungslücke 3

Dauerhafte Armutsgefährdung 3

Änderung der Armutsgefährdungsschwelle im Zeitverlauf 4

In einigen Ländern gleichmäßigere Einkommensverteilung 4

Umverteilungseffekt der Sozialtransfers 5

Mehr zu den *Laeken-Indikatoren* für die soziale Eingliederung ... 7



Manuskript abgeschlossen: 7.09.2004

ISSN 1024-4379

Katalognummer: KS-NK-04-016-DE-N

© Europäische Gemeinschaften, 2004

Armutsgefährdung – ein relativer Begriff

Die Armutsgefährdungsschwelle wird für jedes Land auf 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens festgelegt. Bei der Armutsgefährdung handelt es sich also nicht so sehr um ein absolutes, sondern vielmehr um ein relatives Risiko, denn sie wird in Relation zum allgemeinen Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes definiert und auf der Grundlage eines Zentralwerts der Einkommensverteilung ausgedrückt (ein besonderer Vorteil der Verwendung des Medians liegt darin, dass er nicht durch Extremwerte, d. h. durch extrem hohe oder niedrige Einkommen, beeinflusst wird).

Die nationalen Schwellenwerte werden für die Gesamtbevölkerung berechnet und als Äquivalenzeinkommen ausgedrückt, um Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen. Anschließend kann der nationale Schwellenwert für einen bestimmten Haushaltstyp durch Multiplikation mit der „Äquivalenzgröße“ dieses Haushalts von „äquivalentem“ in „inäquivalentes“ Geld umgerechnet werden (siehe „Wissenswertes zur Methodik“).

In Anbetracht der Tatsache, dass ein Einkommen unterhalb dieses Schwellenwerts weder als notwendige noch als hinreichende Voraussetzung für Armut gesehen werden kann, gelten diese Indikator als Maßzahlen für die Armutsgefährdung.

In Abbildung 2 werden für jeden Mitgliedstaat die monetären Werte dieser Schwelle in Kaufkraftstandards (KKS, siehe „Wissenswertes zur Methodik“) für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ausgedrückt, um so zu verdeutlichen, dass es sich um einen relativen Wert handelt und was dieser Wert bedeutet. Die Spanne der Werte reicht von 60 % des EU-Durchschnitts in Portugal bis 174 % in Luxemburg – dies entspricht einem Verhältnis von 1:2,9 und macht die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Mitgliedstaaten deutlich. Von diesen Extremwerten abgesehen liegen die meisten nationalen Schwellen zwischen 80 % und 120 % des EU-Durchschnitts von 17 332 KKS (berechnet als der mit der Bevölkerungszahl gewichtete Mittelwert der nationalen Schwellen). Für einen Einpersonenhaushalt liegt der EU-Durchschnitt bei 8 253 KKS pro Jahr (siehe „Statistischer Anhang“).

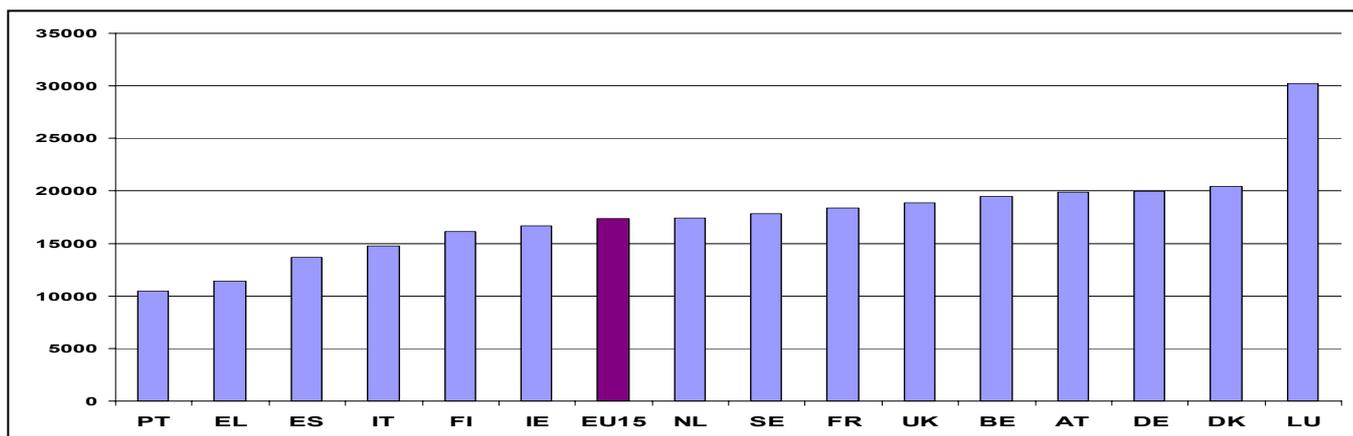


Abbildung 2: Darstellung der Armutsgefährdungsschwelle am Beispiel eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern für das Jahr 2001

Dass die Schwelle bei 60 % des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens angesetzt wurde, entspricht der Konvention. Gleichwohl haben statistische Erwägungen zu dieser Wahl geführt. Um festzustellen, inwieweit die Armutsgefährdung von der Wahl der jeweiligen Schwelle abhängt, wurden drei zusätzliche Schwellenwerte festgelegt: 40 %, 50 % und 70 % des medianen Äquivalenzeinkommens. Auf EU-Ebene schwankte die Wahrscheinlichkeit der

Armutsgefährdung 2001 zwischen 5 % und 23 %, wenn die Schwelle bei 40 % bzw. bei 70 % des Medians angesetzt wurde. Bei einer 50 %-Schwelle betrug der Wert 9 % (siehe „Statistischer Anhang“). In Abbildung 3 ist zu erkennen, wie sich die Quoten für die Armutsgefährdung auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene verändern, wenn die Schwelle geändert wird (ausgedrückt als Prozentsatz der 60 %-Schwelle).

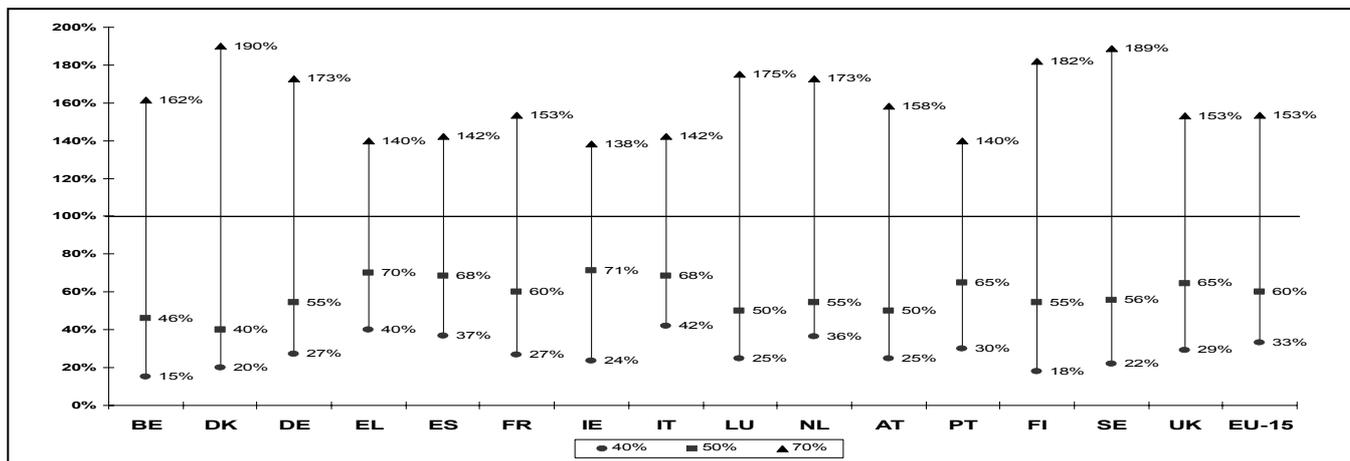


Abbildung 3: Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle von 40 %, 50 % und 70 % für das Jahr 2001 (als Anteil an der 60 %-Quote)

An den hier abgebildeten Ergebnissen kann man sehen, wie sich die Einkommensverteilung um die 60 %-Schwelle herum darstellt. Wenn sich viele Personen nur knapp unter (über) der Schwelle von 60 % befinden, so wird die Quote bei einer Schwelle von 50 % (70 %) wesentlich niedriger (höher) sein als bei der 60 %-Schwelle. Je länger also der Balken für ein Land ist, desto mehr Personen konzentrieren sich in diesem Land in der Nähe der 60 %-Schwelle. Beispielsweise sind in Irland, Griechenland, Spanien und Italien rund 70 % derjenigen, die bei Zugrundelegung der 60 %-Schwelle von Armut bedroht sind, auch bei Verwendung der 50 %-Schwelle armutsgefährdet. Das bedeutet, dass nur 30 % der nach der Standarddefinition armutsgefährdeten Menschen über ein Äquivalenzeinkommen zwischen 50 % und 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens verfügen.

Mit diesem Indikator lassen sich erste Erkenntnisse über das Ausmaß der Armut gewinnen. Ein Indikator, mit dem sich genau messen lässt, wie weit das

Einkommen armutsgefährdeter Personen unterhalb der Schwelle liegt, also „wie arm die Armen sind“, ist die Armutsgefährdungslücke.

Mediane Armutsgefährdungslücke

2001 lag der Medianwert der Armutsgefährdungslücke (d. h. die Differenz zwischen dem medianen Äquivalenzeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen und der 60 %-Schwelle) in der EU bei 22 % der 60 %-Schwelle. Mit anderen Worten, die Hälfte der Armutsgefährdeten verfügte über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 78 % der Armutsgefährdungsschwelle (d. h. unter $78\% \cdot 60\% = 47\%$ des medianen Äquivalenzeinkommens). Größer war die Lücke in Italien und Griechenland, kleiner in Dänemark, Belgien, Finnland, Luxemburg und Schweden (Abbildung 4). In Ländern, in denen die Konzentration von Personen zwischen der 50 %-Schwelle und der 60 %-Schwelle höher war (siehe Abbildung 3), war auch die Armutsgefährdungslücke am kleinsten.

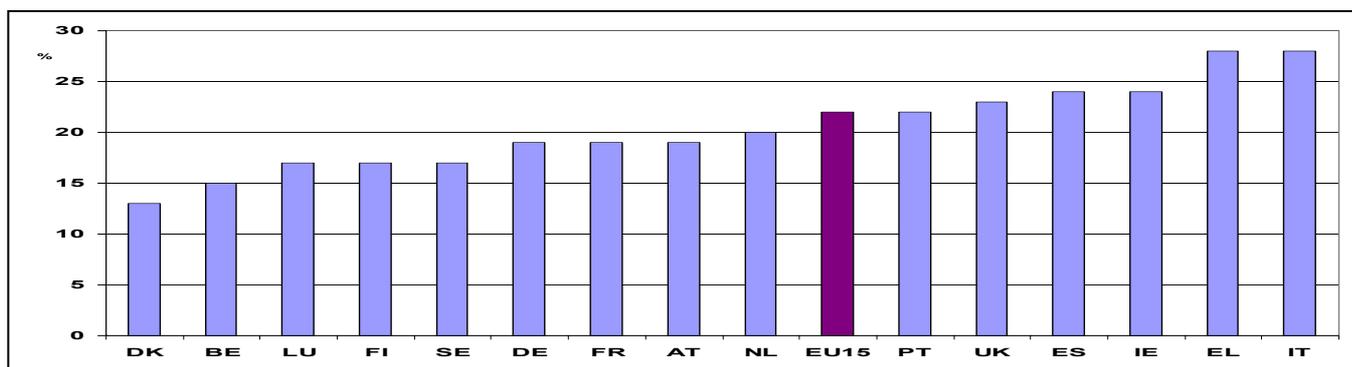


Abbildung 4: Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke, 2001

Dauerhafte Armutsgefährdung

Das Augenmerk der Politik gilt besonders dem Teil der Bevölkerung, der über einen längeren Zeitraum hinweg nur ein geringes Einkommen hat. Deshalb ist das über eine Dauer von vier Jahren hinweg anhaltende

Armutrisiko eine weitere Messgröße auf der in Laeken vereinbarten Liste der Indikatoren für die soziale Eingliederung. Abbildung 5 zeigt die nationalen Werte des Jahres 2001 sowohl für diesen Indikator als auch für die oben erläuterte Standardquote der

Bevölkerung dauerhaft armutsgefährdet, was bedeutet, dass ihr Äquivalenzeinkommen nicht nur 2001, sondern auch in mindestens zwei der drei vorangegangenen Jahre (1998-2000) die nationale 60 %-Schwelle unterschritt. Wieder variieren die Werte der Mitgliedstaaten stark: Am niedrigsten war die Quote der dauerhaften Armutsgefährdung mit 5 % in den Niederlanden, am höchsten mit 15 % in Portugal.

Stellt man die dauerhafte Armutsgefährdung der aktuellen Armutsgefährdung gegenüber, so zeigt sich, dass 2001 in der EU weit über die Hälfte der Armutsgefährdeten dauerhaft gefährdet waren (Abbildung 5). Am höchsten war dieser Anteil in Portugal, am niedrigsten in den Niederlanden.

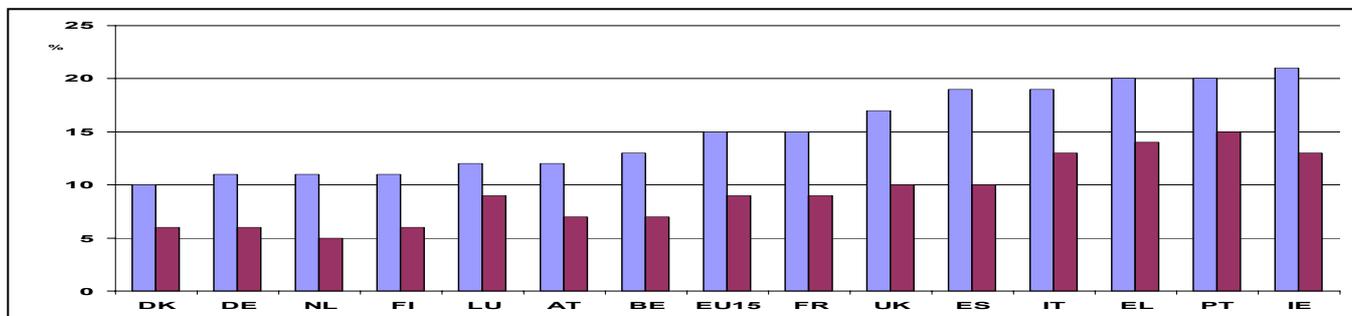


Abbildung 5: Quote der dauerhaften Armutsgefährdung 1998-2001 (rechts) und der Armutsgefährdung 2001 (links)

Änderung der Armutsgefährdungsschwelle im Zeitverlauf

Interessant ist auch die Berechnung der Armutsgefährdungsquote bei einer während des Betrachtungszeitraums (1998-2001) real konstant gehaltenen Schwelle. Dafür wurde der Schwellenwert

für 1998 während des gesamten Beobachtungszeitraums verwendet und dabei lediglich um die Inflationshöhe der einzelnen Jahre erhöht. Abbildung 6 vergleicht die Standardquote der Armutsgefährdung mit diesem neuen Wert, der im Jahr 1998 „verankerten“ Armutsgefährdungsquote.

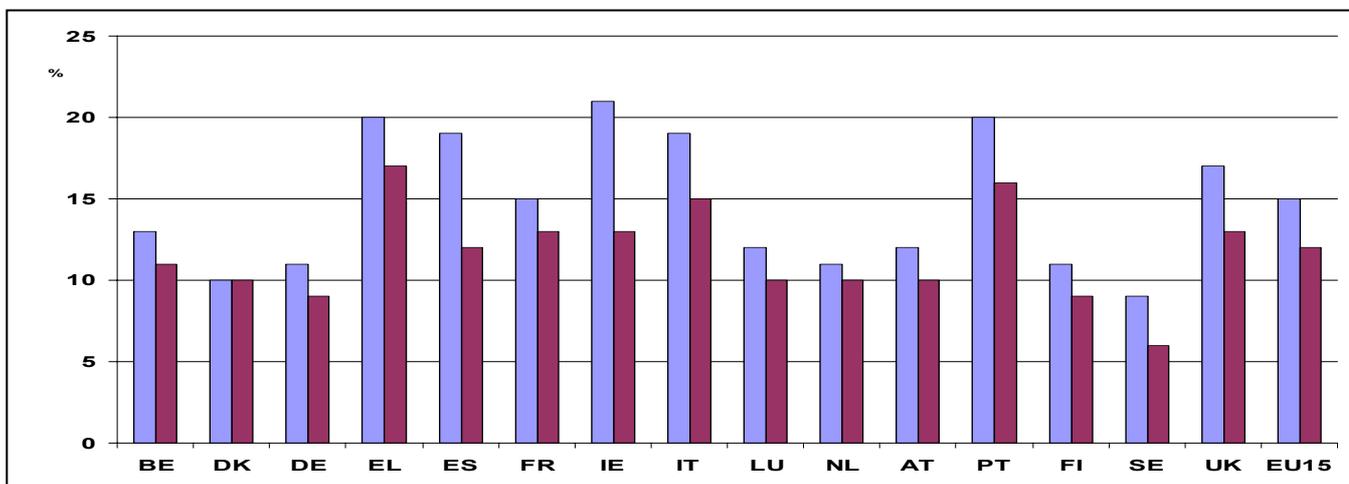


Abbildung 6: Armutsgefährdungsquote für 2001 (links) und im Jahr 1998 „verankerte“ Armutsgefährdungsquote für 2001 (rechts)

Im Ergebnis zeigt sich auf der Ebene der EU insgesamt ein signifikanter Unterschied (Schwellenwert 2001: 15 %, indexierter Schwellenwert bei „Verankerung“ im Jahr 1998: 12 %). Im Einzelnen bewirkt die Indexierung für Irland eine Armutsgefährdungsquote von 13 % (statt der 2001 gemessenen 21 %) und für Spanien von 12 % (statt 19 %). Dies legt die Vermutung nahe, dass im untersuchten Vierjahreszeitraum das mediane Einkommen (und somit die

Armutgefährdungsschwelle) in diesen Ländern sehr viel stärker gestiegen ist als die Inflation.

In einigen Ländern gleichmäßigere Einkommensverteilung

Alle bisher vorgestellten Indikatoren bezogen sich, was die Einkommensverteilung angeht, auf den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung. Doch

auch ein Vergleich der relativen Stellung der unteren Gruppe im Vergleich zur oberen kann aufschlussreich sein. Solch ein Vergleich lässt sich anhand der Quote S80/S20 durchführen. Mit dieser Quote wird für jedes Land das gesamte Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Äquivalenzeinkommen) mit dem des untersten Einkommensquintils (20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Äquivalenzeinkommen) verglichen. Der EU-Durchschnitt lag 2001 bei 4,4 – somit war das Einkommen im obersten Quintil 4,4mal so hoch wie das der einkommensschwächsten Gruppe (unterstes Quintil). Das Verhältnis zwischen reicher und armer Bevölkerung reicht von 3,0 in Dänemark bis 6,5 in Portugal.

Am S80/S20-Verhältnis lassen sich lediglich Veränderungen im obersten und im untersten Quintil ablesen. Mit dem Gini-Koeffizienten dagegen lässt sich die gesamte Einkommensverteilung nachvollziehen. Bei vollkommener Gleichheit (d. h. wenn jeder das gleiche Einkommen hätte) wäre der Gini-Koeffizient 0 %; bezöge dagegen eine einzige Person das gesamte nationale Einkommen, läge er bei 100 %. 2001 wurde für die EU ein Koeffizient von 28 % errechnet. Die nationalen Gini-Koeffizienten liegen zwischen 22 % (Dänemark) und 37 % (Portugal). Die Reihenfolge der nationalen Gini-Koeffizienten und der S80/S20-Quoten sind sehr ähnlich (siehe Abbildung 7).

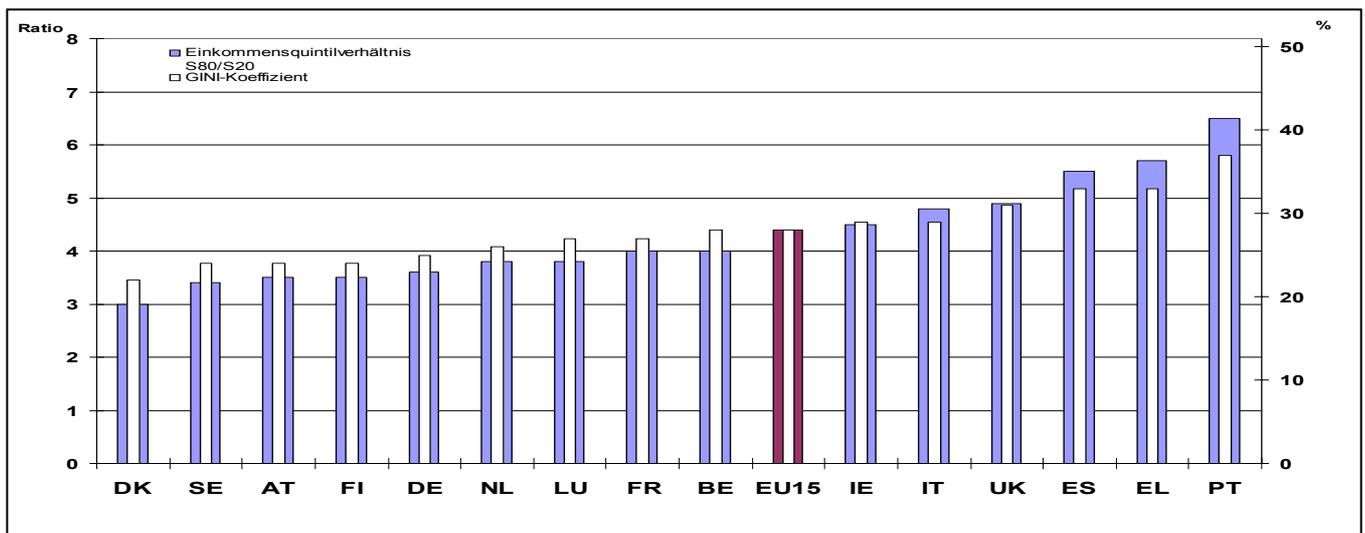


Abbildung 7: Einkommensverteilung (links; Balken) und Gini-Koeffizient (rechts; Linie), 2001

Umverteilungseffekt der Sozialtransfers

Nach der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Armutsrisiko und Einkommensverteilung gilt es nun auch die Rolle der Politik bei der Armutsbekämpfung zu beurteilen. Anhand der ECHP-Daten können wir den Umverteilungseffekt der Sozialtransfers (Alters- und Hinterbliebenenrenten, Arbeitslosenunterstützung, Invalidenrenten, Familienleistungen usw.) und ihre Rolle bei der Verringerung des Armutsrisikos nachvollziehen. Allerdings ermöglicht er uns nicht die Betrachtung alternativer politischer Maßnahmen wie Steuergutschriften und Steuerfreibeträge sowie sozialer Sachtransfers.

Vergleicht man die Standardquote der Armutsgefährdung mit der hypothetischen Situation, dass gar keine Sozialtransfers vorgenommen werden, so zeigt sich, dass diesen Transfers eine wichtige Umverteilungsrolle zukommt. Würden sämtliche

Sozialtransfers wegfallen, wäre die Armutsgefährdung für die gesamte EU-Bevölkerung erheblich höher als in Wirklichkeit (39 % statt 15 %). Man kann argumentieren, dass die Hauptrolle der Alters- (und Hinterbliebenen-)Renten nicht in einer Einkommensumverteilung zwischen einzelnen Personen besteht, sondern vielmehr in einer Umverteilung während der verschiedenen Lebensabschnitte eines Menschen. Wenn man dementsprechend Renten als Primäreinkommen und nicht als Sozialtransfers ansieht, liegt die Armutsgefährdungsquote ohne alle anderen Sozialtransfers bei 24 %. In Abbildung 8 ist der Vergleich der verschiedenen Quoten vor und nach Sozialtransfers für alle Länder im Jahr 2001 zu sehen. Diese Quoten wurden mit genau der gleichen Schwelle berechnet, nämlich mit der 60 %-Schwelle auf der Basis des *gesamten* Haushaltseinkommens einschließlich aller Sozialtransfers.

Um die Umverteilungswirkung der Sozialtransfers ohne Renten (die weiterhin als Primäreinkommen betrachtet werden) genauer bewerten zu können, wird in Abbildung 9 dargestellt, wie stark die Armutsgefährdungsquote für das Jahr 2001 sinkt, wenn diese Transfers wegfallen (Differenz ausgedrückt in Prozent der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers). In Griechenland (Rückgang um 13 % oder von 23 % auf 20 %), Italien, Portugal und Spanien gehen die Werte am wenigsten zurück. Der stärkste Rückgang ist in Dänemark, in geringerem Umfang auch in Luxemburg, den Niederlanden und Schweden zu verzeichnen. Dies lässt auf eine größere Umverteilungswirkung von Sozialtransfers oder auf

höhere Sozialausgaben in diesen Ländern schließen.

Der Indikator „Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers“ ist mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren, da er Maßnahmen nicht berücksichtigt, die – wie unmittelbar empfangene Sozialtransfers – eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens von Haushalten und Einzelpersonen zur Folge haben können, nämlich Sachleistungen sowie Steuergutschriften und Steuerfreibeträge. Außerdem wird die Armutsgefährdung vor Sozialtransfers mit der Armutsgefährdung nach Sozialtransfers unter „Beibehaltung aller anderen Aspekte“ verglichen, d. h. es wird von unveränderten Haushalts- und Arbeitsmarktstrukturen ausgegangen.

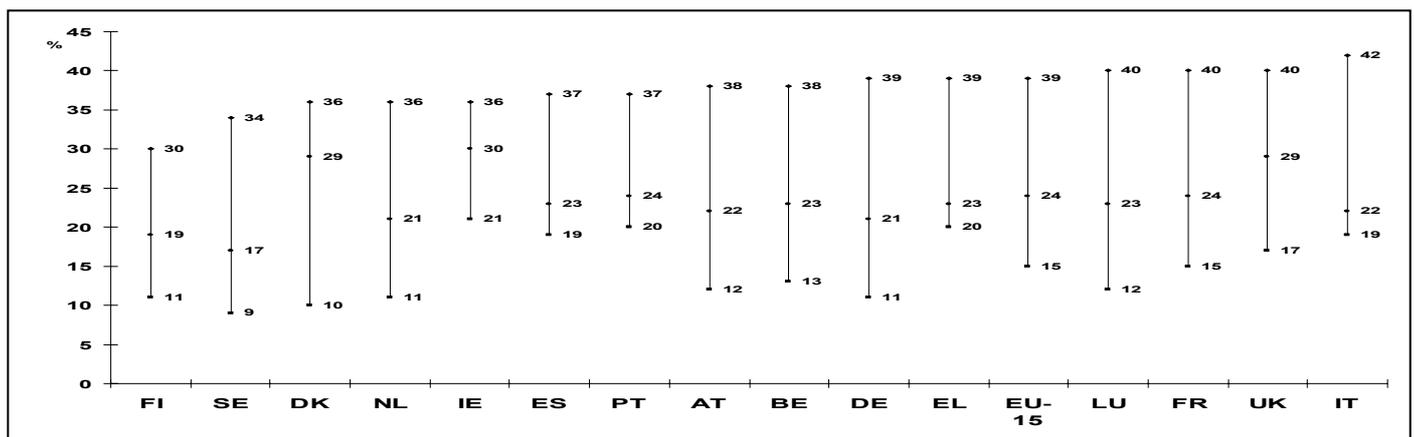


Abbildung 8: Armutsgefährdungsquote 2001 vor Sozialtransfers (oben), nach Renten (Mitte) und nach allen Sozialtransfers (unten)

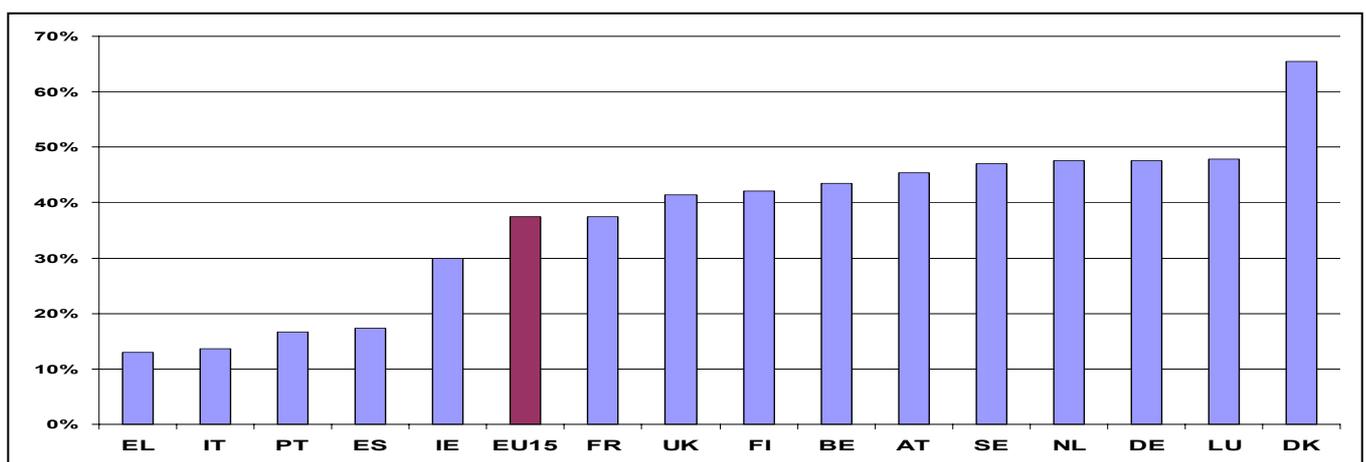


Abbildung 9: Auswirkungen der Sozialtransfers (ohne Renten) auf die Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers, 2001

Mehr zu den *Laeken-Indikatoren* für die soziale Eingliederung

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, einigte man sich auf der Tagung des Europäischen Rates in Laeken 2001 auf 18 Indikatoren. Dabei handelt es sich zum einen um zehn Primärindikatoren zur Erfassung der wichtigsten Ursachen sozialer Ausgrenzung, zum anderen um acht Sekundärindikatoren zur Beschreibung anderer Dimensionen des Problems. Zehn Indikatoren betreffen monetäre Armut und Ungleichheit, acht beziehen sich auf andere Aspekte der sozialen Ausgrenzung. Diese Liste ist seither im Rahmen der laufenden Arbeiten der Untergruppe 'Indikatoren' des EU-Sozialschutzausschusses erweitert und verfeinert worden. Die Indikatoren sollen dazu beitragen, die Fortschritte bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele der sozialen Eingliederung, die vom Europäischen Rat in Nizza 2000 vereinbart und 2002 geringfügig überarbeitet wurden, zu überwachen.

Die gemeinsamen Indikatoren bilden nun eine wesentliche Grundlage für sozialpolitische Analysen und Entscheidungen der EU, da die Mitgliedstaaten sie in ihre nationalen Aktionspläne für die soziale Eingliederung einbeziehen, die alle zwei Jahre vorgelegt werden (ein „Rationalisierungsverfahren“ wird in Zukunft zu einer Änderung dieses Zeitplans führen). Außerdem werden sie sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von der Kommission in ihrem Gemeinsamen Bericht über die soziale Eingliederung hinzugezogen. Darüber hinaus wird den Mitgliedstaaten empfohlen, die gemeinsamen Indikatoren in ihren nationalen Aktionsplänen durch eine dritte Gruppe von Indikatoren zu ergänzen, die der Darstellung spezifischer nationaler Bedingungen und der Interpretation der Primär- und Sekundärindikatoren dienen sollen; diese letzteren Indikatoren brauchen nicht unbedingt auf EU-Ebene harmonisiert zu sein. Zum Beispiel sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, obwohl noch keine Einigung über gemeinsame Indikatoren zur Wohnsituation erzielt wurde, ab 2003 in ihren nationalen Aktionsplänen auch über menschenwürdiges Wohnen, Wohnkosten und Obdachlosigkeit zu berichten.

Von den in Laeken vereinbarten Indikatoren werden

einige als „Strukturindikatoren“ verwendet, die in den jährlichen Bericht der Kommission für den Frühjahrsgipfel einbezogen werden sollen, damit die vollständige Kohärenz der verschiedenen Prozesse sichergestellt ist.

Die Untergruppe „Indikatoren“ des Sozialschutzausschusses trat erstmals im Februar 2001 zusammen. Eurostat ist an ihr aktiv beteiligt. Die Gruppe stützt sich auf die Vorarbeiten von Eurostat und berücksichtigt auch die Ergebnisse der eingehenden Forschungsarbeiten zur Methodik, die die belgische EU-Präsidenschaft speziell zu diesem Zweck in Auftrag gegeben hatte (siehe Atkinson T., Cantillon B., Marlier E. and Nolan B., 2002, *Social Indicators: The EU and Social Inclusion*, Oxford University Press, Oxford). Der vom Sozialschutzausschuss erstellte und in Laeken verabschiedete Bericht über Indikatoren für die soziale Eingliederung kann auf der Website der Generaldirektion *Beschäftigung und soziale Angelegenheiten* der Europäischen Kommission eingesehen werden (www.europa.eu.int).

Die vorliegende Veröffentlichung ist die zweite ihrer Art: Erste Ergebnisse wurden in „Statistik kurz gefasst“ Nr. 8/2003 unter dem Titel „Armut und soziale Ausgrenzung in der EU nach Laeken – Teil 1“ veröffentlicht. Ein Pilotprojekt zur Sammlung vergleichbarer Indikatoren für die Beitritts- und Bewerberländer wurde 2001 eingeleitet, bei dem nationale Datenquellen herangezogen wurden, die nachträglich so weit wie möglich mit der ECHP-Methodik harmonisiert wurden. Die Ergebnisse wurden in „Statistik kurz gefasst“ Nr. 21/2003 „Monetäre Armut in den EU-Beitritts- und Bewerberländern“ veröffentlicht. Eine zweite Runde fand 2003 statt (siehe Statistik kurz gefasst Nr. 12/2004 „Monetäre Armut in der neuen Mitgliedstaaten und den Bewerberländern“). Die vorliegende Veröffentlichung befasst sich mit neun Einkommensindikatoren der in Laeken vereinbarten Liste (siehe Definitionen in nachfolgender Tabelle). Die in diesem Bericht vorgestellten Indikatoren beziehen sich nur auf die Gesamtbevölkerung und auf die jüngsten verfügbaren Daten (ECHP-Benutzerdatenbank UDB, Version Dezember 2003, Welle 8: 1994-2001).

Unter „Einkommen“ ist das verfügbare Äquivalenzeinkommen zu verstehen. Es wird definiert als verfügbares Gesamteinkommen des Haushalts dividiert durch seine „Äquivalenzgröße“ (um Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen) und wird jedem Haushaltsmitglied zugewiesen

Primärindikatoren	Definition
At-risk-of-poverty rate after transfers	Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht, häufigstem Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Besitzverhältnissen, Arbeitsintensität der Haushalte + Armutsgefährdungsschwelle (illustrative Werte). Ungleichheit der Einkommensverteilung,
Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anteilsverhältnis der Einkommensquintile S80/S20:	Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 % einkommensstärksten Personen eines Landes (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen der 20 % einkommensschwächsten Personen (unterstes Quintil).
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (60 %-Median):	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle im laufenden Jahr und in mindestens zwei der drei vorangegangenen Jahre. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht + Gesamtwert
Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke:	Differenz zwischen dem medianen Einkommen von Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle und der Armutsgefährdungsschwelle, ausgedrückt in Prozent der Armutsgefährdungsschwelle. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht + Gesamtwert
Sekundärindikatoren	
Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter 40 %, 50 % und 70 % des nationalen Medianeinkommens. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht + Gesamtwert
Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle:	Im Jahr t (in dieser Veröffentlichung: 2001) entspricht die „Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle“ dem Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen im Jahr t unter einer nach dem Standardverfahren für t-3 (hier: für 1998) berechneten Armutsschwelle liegt, die anschließend um die Inflation von drei Jahren erhöht wurde.
Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers:	Armutsgefährdungsquote, bei der das Einkommen wie folgt berechnet wird: 1. Primäreinkommen, d. h. Einkommen ohne alle Sozialtransfers 2. Primäreinkommen zuzüglich Alters- und Hinterbliebenenrenten 3. Gesamteinkommen, d. h. einschließlich aller Sozialtransfers. Für alle drei Statistiken wird die gleiche Schwelle (nach Sozialtransfers) verwendet.
Gini-Koeffizient:	Verhältnis der kumulativen Bevölkerungsanteile nach Einkommensniveau zum kumulativen Anteil des von ihnen erzielten Gesamteinkommens.
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (50 %-Median):	Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 50 % im laufenden Jahr und in mindestens zwei der drei vorangegangenen Jahre. Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht + Gesamtwert

Gemeinsame "Laeken"-Indikatoren für die soziale Eingliederung

			eu15s	be	dk	de	gr	es	fr	ie	it	lu	nl	at	pt	fi	se	uk
			2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001
Einkommensquintilverhältnis S80/S20			4.4	4.0	3.0	3.6	5.7	5.5	4.0	4.5	4.8	3.8	3.8	3.5	6.5	3.5	3.4	4.9
Gini-Koeffizient			28	28	22	25	33	33	27	29	29	27	26	24	37	24	24	31
Armutsgefährdungsschwelle (illustrative Werte)			:	9295	89355	9455	4264	5416	8932	8553	6240	13863	8292	9173	3589	8916	87548	6480
Einpersonenhaushalt			8319	9295	11988	9455	4264	5416	8932	8553	6240	13863	8292	9173	3589	8916	10367	10632
2 Erwachsene, 2 abh. Kinder			8253	9286	9747	9492	5443	6527	8765	7934	7044	14376	8309	9468	4967	7680	8502	8984
Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle 70% des Medianeinkommens			:	19520	187647	19855	8955	11374	18756	17961	13103	29113	17414	19263	7538	18724	183850	13608
Arbeitslosigkeit			17469	19520	25175	19855	8955	11374	18756	17961	13103	29113	17414	19263	7538	18724	21770	22327
Arbeitslosigkeit nach Alter			17332	19501	20469	19933	11431	13706	18407	16662	14793	30190	17449	19883	10431	16128	17854	18866
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			5	2	2	3	8	7	4	5	8	3	4	3	6	2	2	5
Arbeitslosigkeit 0-15			9	6	4	6	14	13	9	15	13	6	6	6	13	6	5	11
Arbeitslosigkeit 16-24			15	13	10	11	20	19	15	21	19	12	11	12	20	11	9	17
Arbeitslosigkeit 25-49			23	21	19	19	28	27	23	29	27	21	19	19	28	20	17	26
Arbeitslosigkeit 50-64			15	13	10	11	20	19	15	21	19	12	11	12	20	11	9	17
Arbeitslosigkeit 65+			14	12	9	10	19	17	15	20	19	12	12	9	20	9	10	15
Arbeitslosigkeit Insgesamt			17	15	12	12	22	20	16	23	20	13	11	14	20	14	11	19
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			19	12	7	14	18	26	18	26	25	18	16	13	27	6	7	24
Arbeitslosigkeit Insgesamt			19	12	:	13	18	25	17	26	25	18	17	12	27	5	:	24
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			19	12	:	14	18	26	18	25	24	19	16	13	28	6	:	24
Arbeitslosigkeit Insgesamt			19	12	21	16	19	20	21	12	25	20	22	11	18	23	18	20
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			19	11	18	17	18	19	21	10	25	22	24	7	21	19	16	18
Arbeitslosigkeit Insgesamt			20	12	24	15	21	21	21	15	25	17	21	14	15	28	20	21
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			12	10	7	9	14	15	12	17	18	11	10	8	15	7	7	12
Arbeitslosigkeit Insgesamt			11	8	7	7	14	14	11	17	17	10	10	7	15	8	8	10
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			14	11	7	11	15	16	13	18	19	11	10	9	15	7	7	14
Arbeitslosigkeit Insgesamt			12	12	5	10	21	17	13	16	16	9	7	9	16	9	5	11
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			12	10	5	10	19	15	12	18	15	9	6	8	15	7	5	10
Arbeitslosigkeit Insgesamt			13	13	5	9	22	18	13	14	16	10	7	11	16	10	5	12
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			19	26	24	12	33	22	19	44	17	7	4	24	30	23	16	24
Arbeitslosigkeit Insgesamt			16	24	23	9	30	20	17	35	16	7	5	14	28	12	10	19
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			21	26	25	14	35	24	21	51	19	8	3	30	31	31	20	28
Arbeitslosigkeit Insgesamt			6	3	1	4	5	7	6	6	7	8	:	3	7	4	4	5
Arbeitslosigkeit nach häufigstem Erwerbsstatus			6	3	1	4	5	7	7	7	10	8	:	3	9	3	3	4
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			5	4	2	5	5	5	4	4	8	:	:	3	4	5	4	6
Arbeitslosigkeit Insgesamt			16	10	15	5	25	20	25	16	18	2	:	24	28	17	24	14
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			16	11	15	4	25	21	24	17	19	3	:	25	24	15	25	14
Arbeitslosigkeit Insgesamt			16	8	15	6	26	20	26	12	13	0u	:	23	32	20	24	15
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			38	32	23	34	39	37	30	54	51	48u	23	23	38	21	19	49
Arbeitslosigkeit Insgesamt			44	40	32	41	46	45	34	61	54	54u	18	22u	49	26	24	59
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			30	27	17	26	32	30	26	34u	46	:	24	23u	30	17	13	34
Arbeitslosigkeit Insgesamt			17	21	23	13	32	18	17	39	13	8	3	16	25	20	16	24
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			16	22	23	12	29	22	16	35	14	7	4	13	25	11	10	20
Arbeitslosigkeit Insgesamt			17	20	24	14	35	10	18	52	13	8	0u	19	26	26	20	27
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			25	21	22	18	23	24	26	33	28	16	12	22	28	22	22	30
Arbeitslosigkeit Insgesamt			23	13	22	18	20	20	25	29	24	23	14	20	29	25	22	27
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht			25	24	21	18	24	25	26	34	29	14	11	22	27	20	22	30

Gemeinsame "Laeken"-Indikatoren für die soziale Eingliederung

			eu	15s	be	dk	de	gr	es	fr	ie	it	lu	nl	at	pt	fi	se	uk	
			2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001
Armutsgefährdungsqu	Insgesamt		15	13	10	11	20	19	15	21	19	12	11	12	20	11	9	17		
nach Haushaltstyp	Einpersonenhaushalt	Insgesamt	25	21	24	19	32	31	22	57	24	9	12	23	39	35	21	29		
	Einpersonenhaushalt	M	18	12	22	16	16	18	17	47	17	5	15	9	28	28	17	21		
	Einpersonenhaushalt	F	28	26	26	20	39	38	25	66	27	12	9	30	43	40	24	33		
	Einpersonenhaushalt <30		32	21u	:	42	37u	27	31	21u	19u	11	49	17	1u	52	:	37		
	Einpersonenhaushalt 30-64		15	13	:	13	15	18	11	37	16	10	6	12	28	20	:	18		
	Einpersonenhaushalt 65+		29	27	28	19	38	43	27	79	29	7	3	35	46	45	27	35		
	2 Erwachsene ohne Kinder	(mind. 1 Person 65+)	16	26	20	7	36	24	16	37	14	8	5	18	32	8	6	17		
	2 Erwachsene ohne Kinder	(beide < 65)	10	8	4	8	17	14	11	14	12	6	4	10	13	5	4	9		
	Sonstige Haushalte ohne Kinder		9	8	:	5	18	8	12	8	15	5	9	7	10	10	:	5		
	Alleinerziehende	(mind. 1 Kind)	35	25	12	36	37	42	35	42u	23	35u	45	23	39	11	13	50		
	2 Erwachsene, 1 abh. Kind		10	7	3	9	8	18	10	17	13	13	10	7	9	5	5	8		
	2 Erwachsene, 2 abh. Kinder		13	11	3	7	14	23	12	17	21	15	9	7	15	5	4	12		
	2 Erwachsene, 3+ abh. Kinder		27	7	13	21	26	34	24	37	37	23	17	23	49	5	8	30		
	Sonstige Haushalte mit abh. Kindern		16	15	3	11	23	18	14	10	24	26	18	9	23	7	6	13		
Armutsgefährdungsqu	Insgesamt		15	13	10	11	20	19	15	21	19	12	11	12	20	11	9	17		
nach Eigentumsverhät	Wohnungseigentümer		12	10	7	7	21	18	12	17	17	8	7	12	19	8	5	12		
	Mieter		24	28	17	16	15	23	25	44	30	24	20	12	25	23	13	32		
Armutsgefährdungsqu	vor allen Transfers	Insgesamt	39	38	36	39	39	37	40	36	42	40	36	38	37	30	34	40		
		M	36	34	:	34	36	34	38	35	39	38	33	34	36	27	:	37		
		F	42	42	:	43	41	39	42	37	44	42	39	42	37	34	:	44		
	einschließlich Renten	Insgesamt	24	23	29	21	23	23	24	30	22	23	21	22	24	19	17	29		
		M	22	21	:	20	21	22	23	29	21	24	21	19	25	17	:	26		
		F	25	25	:	23	24	25	24	32	23	23	21	25	24	20	:	32		
	einschließlich aller Transfers	Insgesamt	15	13	10	11	20	19	15	21	19	12	11	12	20	11	9	17		
		M	14	12	:	10	19	17	15	20	19	12	12	9	20	9	:	15		
		F	17	15	:	12	22	20	16	23	20	13	11	14	20	14	:	19		
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (Schwelle 60%)	Insgesamt		9	7	6	6	14	10	9	13	13	9	5	7	15	6	:	10		
nach Geschlecht		M	9	6	:	6	13	10	8	12	12	9	6	5	14	4	:	9		
		F	10	8	:	7	15	11	9	15	13	8	5	9	15	8	:	11		
Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (Schwelle 50%)	Insgesamt		5	3	2	3	9	6	3	7	7	3	2	3	8	2	:	5		
nach Geschlecht		M	4	2	:	3	8	5	3	6	7	4	2	2	7	1	:	4		
		F	5	3	:	3	10	6	4	8	8	3	2	3	8	2	:	6		
Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung	Insgesamt		12	11	9	9	17	12	13	13	15	10	10	10	16	9	6	13		
Relative Armutsgefährdungslücke	Insgesamt		22	15	13	19	28	24	19	24	28	17	20	19	22	17	17	23		
nach Geschlecht		M	22	15	:	21	27	24	18	27	28	18	21	20	22	18	:	22		
		F	22	15	:	18	29	24	19	23	28	17	19	18	24	17	:	23		

Erläuterung:

Quelle: Eurostat, ECHB-Benutzerdatenbank (UDB), Welle 8 1994-2001, Version Dezember 2003, mit Ausnahme von Dänemark: Law Model Database, Schweden: Erhebung über die Einkommensverteilung (HEK), KKP von Juli 2004

Gleiche Aufschlüsselung wie bei der Erhebung von Daten 2003 in den Bewerberländern: geringfügige Abweichung von den endgültigen "Laeken"-Aufschlüsselungen (z. B. Kategorien Alter/Geschlecht)

s: europäischer bevölkerungsgewichteter Durchschnitt

u: geringer Stichprobenumfang oder viele fehlende Angaben

: keine Daten vorhanden

Datengrundlage

Die hier vorgestellten Zahlen stammen aus der Benutzerdatenbank (UDB) des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Version Dezember 2003. Diese gilt als die einzige derzeit verfügbare gemeinsame Quelle für vergleichbare Daten. Das ECHP ist eine Erhebung, die aus der jährlichen Befragung eines repräsentativen Panels von Haushalten und Einzelpersonen mittels eines standardisierten Fragebogens besteht und ein breites Themenspektrum abdeckt: Einkommen (einschließlich der verschiedenen Sozialleistungen), Gesundheit, Bildung, Wohnsituation, demografische und beschäftigungsrelevante Merkmale. Die Längsschnittstruktur des ECHP ermöglicht die Weiterverfolgung und Befragung der gleichen Haushalte und Einzelpersonen über mehrere Jahre hinweg. Die im Laufe der Zeit aufgetretenen Ausfallquoten hatten kaum signifikante Auswirkungen auf die Ergebnisse. Im Rahmen des ECHP werden – wie auch in anderen Haushaltserhebungen – keine in Gemeinschaftshaushalten lebenden Personen, Obdachlose oder andere schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen erfasst. Außerdem ist die Qualität der Daten über Personen am untersten Ende der Einkommensverteilung nicht zufriedenstellend.

Die erste Welle des ECHP wurde 1994 in den damals 12 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 60 500 Haushalte (rund 170 000 Einzelpersonen). Seit 1995 nimmt Österreich und seit 1996 Finnland an der Erhebung teil. Bei der Planung der ursprünglichen Stichproben wurde besonderer Wert auf eine hohe nationale Repräsentativität gelegt. Schweden nimmt zwar nicht an der ECHP-Erhebung teil, doch werden seit 1997 vergleichbare Mikrodaten aus der schwedischen Erhebung über die Lebensbedingungen in die Benutzerdatenbank des ECHP eingegeben. Für das Vereinigte Königreich ergibt sich ein Zeitreihenbruch zwischen 1996 und 1997. Bis 1996 wurden Daten aus der ursprünglichen ECHP-Erhebung verwendet. Seit 1997 werden Daten aus dem nationalen Panel in das ECHP-Format umgewandelt. Für Deutschland ergibt sich zwischen 1994 und 1995 ein Bruch der Zeitreihen. Ab 1995 wurde die Erhebung bei einer zusätzlichen Stichprobe von Zuwanderern durchgeführt. Somit sind die vor 1995 berechneten Indikatoren nicht mit denen für 1995 und Folgejahre konsistent. Dies gilt insbesondere für die Quote der dauerhaften Armutsgefährdung. Für Finnland und Frankreich liegen die Sozialtransfers nur in Bruttowerten vor, was die Genauigkeit des Indikators Armutsgefährdung vor Sozialtransfers beeinträchtigen kann.

Die in dieser Veröffentlichung dargestellten einkommensbasierten Indikatoren werden für alle Länder außer Dänemark und Schweden anhand von Daten aus der letzten ECHP-Welle 2001 berechnet (Einkommensangaben bezogen auf 2000). Die Daten für Dänemark stammen aus der *Law Model Database*. Diese Datenbank enthält eine Vielzahl von registergestützten Daten über die Einzelpersonen einer Zufallsstichprobe von 3,3% der dänischen Bevölkerung. Die Daten für Schweden stammen aus der Erhebung über die Einkommensverteilung (HEK). Hierbei handelt es sich um eine jährliche Querschnittserhebung auf Basis einer nationalen Stichprobe von Erwachsenen. Die Daten werden im Rahmen einer Personen-/Haushalterhebung gewonnen und anschließend mit einer Datei mit administrativen Informationen abgeglichen. Hauptzweck der Erhebung ist die Ermittlung von Daten über die Einkommensverteilung.

Das ECHP wird künftig durch die Gemeinschaftsstatistik über

Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) ersetzt, die die Referenzquelle der EU für Daten über Einkommen und soziale Ausgrenzung und insbesondere für die im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung vereinbarten Indikatoren für die soziale Eingliederung bilden wird.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Haushaltsgesamteinkommen wird definiert als das gesamte monetäre Nettoeinkommen eines Haushalts und seiner Mitglieder, also das gesamte Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit) und das private Einkommen aus Anlagen und Vermögen sowie alle unmittelbar empfangenen Sozialtransfers einschließlich Altersrenten abzüglich aller Steuern und entrichteten Sozialversicherungsbeiträge. Allerdings bleiben bei den ECHP-Einkommensdaten verschiedene für den Lebensstandard wesentliche Faktoren unberücksichtigt, und zwar: Sachleistungen, Transferzahlungen an andere Haushalte, negative Kapitalerträge (z. B. Zinsaufwendungen) und unterstellte Mieten (d. h. die Geldbeträge, die jemand im Vergleich zur vollen Marktmiete spart, wenn er im Eigenheim lebt oder eine Miete zahlt, die unter dem Marktpreis liegt). Die Einbeziehung der letztgenannten Einkommenskomponente könnte beträchtliche Auswirkungen für bestimmte Länder oder bestimmte Bevölkerungsgruppen innerhalb der Länder (z. B. ältere Menschen) haben.

Um der unterschiedlichen Größe und Zusammensetzung der Haushalte Rechnung zu tragen, wird das Einkommen je Erwachsenenäquivalent angegeben. Das bedeutet, dass das Haushaltsgesamteinkommen durch seine anhand der so genannten modifizierten OECD-Skala ermittelte Äquivalenzgröße geteilt wird. Demnach erhält der erste Erwachsene den Gewichtungsfaktor 1,0, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5 und Kinder unter 14 Jahren den Faktor 0,3. Die sich ergebenden Werte werden jedem Haushaltsmitglied zugewiesen, unabhängig davon, ob es sich um Erwachsene oder Kinder handelt. Die Äquivalenzgröße eines Haushalts mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren ist somit $1,0 + 0,5 + (2 \cdot 0,3) = 2,1$.

In diesem Bericht wurden die Einkommensdaten für Dänemark und Schweden unter Verwendung derselben Einkommensdefinition wie oben beschrieben ermittelt.

Die Einkommensdaten aus dem ECHP beziehen sich auf das Jahr unmittelbar vor der Erhebung (z. B. 2000 für die 2001 durchgeführte Erhebungswelle 8). Die Zusammensetzung der Haushalte und die soziodemografischen Merkmale der Haushaltsmitglieder beziehen sich dagegen auf den Erhebungszeitpunkt. Desgleichen geben Haushaltsszusammensetzung und Alter in der dänischen *Law Model Database* die Situation am 1. Januar 2001 wieder, während die Einkommensdaten auf die Situation des Jahres 2000 verweisen. Im Falle Schwedens beziehen sich die Daten von 2001 für alle Variablen auf das Jahr 2000.

Kaufkraftparitäten (KKP) und Kaufkraftstandards (KKS)

Bei KKP handelt es sich um einen fiktiven Wechselkurs, durch den die Auswirkungen von Preisniveauunterschieden eliminiert werden. Mit 1 KKS kann man in jedem Land einen vergleichbaren Korb von Waren und Dienstleistungen erwerben. Zum leichteren Verständnis werden sie auf EU-Ebene skaliert. Man kann sich also die KKS als Euro in realen Werten vorstellen. KKP von Juli 2004 verwendet.

Genauere Angaben zur Methodik der hier verwendeten monetären Laeken-Indikatoren sind auf Anfrage bei den Autoren dieser Veröffentlichung erhältlich.

Weitere Informationsquellen:

➤ Datenbanken

NewCronos, Thema 3

Wenn Sie weitere Auskünfte wünschen oder an unseren Veröffentlichungen, Datenbanken oder Auszügen daraus interessiert sind, wenden Sie sich bitte an einen unserer **Data Shops**:

DANMARK	DEUTSCHLAND	ESPAÑA	FRANCE	ITALIA – Roma
DANMARKS STATISTIK Bibliotek og Information Eurostat Data Shop Sejrøgade 11 DK-2100 KØBENHAVN Ø Tlf. (45) 39 17 30 30 Fax (45) 39 17 30 03 E-mail: bib@dst.dk URL: http://www.dst.dk/bibliotek	Statistisches Bundesamt Eurostat Data Shop Berlin Otto-Braun-Straße 70-72 (Eingang: Karl-Marx-Allee) D-10178 Berlin Tel. (49) 1888-644 94 27/28 (49) 611 75 94 27 Fax (49) 1888-644 94 30 E-Mail: datashop@destatis.de URL: http://www.eu-datashop.de/	INE Eurostat Data Shop Paseo de la Castellana, 183 Despacho 011B Entrada por Estébanez Caldeón E-28046 MADRID Tel. (34) 915 839 167/ 915 839 500 Fax (34) 915 830 357 E-mail: datashop.eurostat@ine.es URL: http://www.ine.es/produser/datashop/index.html Member of the MIDAS Net	INSEE Info Service Eurostat Data Shop 195, rue de Bercy Tour Gamma A F-75582 PARIS CEDEX 12 Tél. (33) 1 53 17 88 44 Fax (33) 1 53 17 88 22 E-mail: datashop@insee.fr Member of the MIDAS Net	ISTAT Centro di informazione statistica Sede di Roma Eurostat Data Shop Via Cesare Balbo, 11a I-00184 Roma Tel. (39) 06 46 73 32 28 Fax (39) 06 46 73 31 01/ 07 E-mail: datashop@istat.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html Member of the MIDAS Net
ITALIA – Milano	NEDERLAND	PORTUGAL	SUOMI/FINLAND	SVERIGE
ISTAT Ufficio Regionale per la Lombardia Eurostat Data Shop Via Fieno 3 I-20123 MILANO Tel. (39) 02 80 61 32 460 Fax (39) 02 80 61 32 304 E-mail: mileuro@tin.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/Allegati/Eurostatdatashop.html Member of the MIDAS Net	Centraal Bureau voor de Statistiek Eurostat Data Shop - Voorburg Postbus 4000 NL-2270 JM VOORBURG Nederland Tel. (31) 70 337 49 00 Fax (31) 70 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl URL: www.cbs.nl/eurodatashop	Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 LISBOA Tel. (351) 21 842 61 00 Fax (351) 21 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt	Statistics Finland Eurostat Data Shop Helsinki Tilastokirjasto PL 2B FIN-00022 Tilastokeskus Työpajakuu 13 B, 2. Kerros, Helsinki P. (358) 9 17 34 22 21 F. (358) 9 17 34 22 79 Sähköposti: datashop@stat.fi URL: http://tilastokeskus.fi/tup/datashop/index.html	Statistics Sweden Information service Eurostat Data Shop Karlavägen 100 - Box 24 300 S-104 51 STOCKHOLM Tfn (46) 8 50 69 48 01 Fax (46) 8 50 69 48 99 E-post: infoservice@scb.se URL: http://www.scb.se/templates/Eurostatdatashop.aspx
UNITED KINGDOM	NORGE	SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA	UNITED STATES OF AMERICA	
Eurostat Data Shop Office for National Statistics Room 1.015 Cardiff Road Newport South Wales NP10 8XG United Kingdom Tel. (44) 1633 81 33 69 Fax (44) 1633 81 33 33 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk	Statistics Norway Library and Information Centre Eurostat Data Shop Kongens gate 6 Boks 8131 Dep. N-0033 OSLO Tel. (47) 21 09 46 42 / 43 Fax (47) 21 09 45 04 E-mail: Datashop@ssb.no URL: http://www.ssb.no/biblioteket/datashop/	Statistisches Amt des Kantons Zürich Eurostat Data Shop Bleicherweg 5 CH-8090 Zürich Tel. (41) 1 225 12 12 Fax (41) 1 225 12 99 E-mail: datashop@statistik.zh.ch URL: http://www.statistik.zh.ch	Harver Analytics Eurostat Data Shop 60 East 42nd Street Suite 3310 NEW YORK, NY 10165 USA Tel. (1) 212 986 93 00 Fax (1) 212 986 69 81 E-mail: euromdata@haver.com URL: http://www.haver.com/	

Media Support Eurostat (nur für Journalisten):

Bech Gebäude Büro A4/017 • L-2920 Luxembourg • Tel. (352) 4301 33408 • Fax (352) 4301 35349 • e-mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int

Auskünfte zur Methodik:

Ian Dennis, Anne-Catherine Guio, Eurostat / D2, L-2920 Luxembourg, Tel. (352) 4301 35129, 35094, Fax (352) 4301 35979,

E-mail: Ian.Dennis@cec.eu.int, Anne-Catherine.Guio@cec.eu.int

ORIGINAL: Englisch

Unsere Internet-Adresse: www.europa.eu.int/comm/eurostat/ Dort finden Sie weitere Informationen.

Ein Verzeichnis unserer Verkaufsstellen in der ganzen Welt erhalten Sie beim **Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften**

2 rue Mercier – L-2985 Luxembourg
 Tel. (352) 2929 42118 Fax (352) 2929 42709

URL: <http://publications.eu.int>

E-mail: info-info-opoce@cec.eu.int

BELGIQUE/BELGIË – DANMARK – DEUTSCHLAND – GREECE/ELLADA – ESPAÑA – FRANCE – IRELAND – ITALIA – LUXEMBOURG – NEDERLAND – ÖSTERREICH
 PORTUGAL – SUOMI/FINLAND – SVERIGE – UNITED KINGDOM – ÍSLAND – NORGE – SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA – BALGARJA – ČESKÁ REPUBLIKA – CYPRUS
 EESTI – HRVATSKA – MAGYARORSZÁG – MALTA – POLSKA – ROMÂNIA – RUSSIA – SLOVAKIA – SLOVENIA – TÜRKIYE – AUSTRALIA – CANADA – EGYPT – INDIA
 ISRAËL – JAPAN – MALAYSIA – PHILIPPINES – SOUTH KOREA – THAILAND – UNITED STATES OF AMERICA